

Leserbrief auf die Artikel:

„Die Leute sind nicht informiert“ (Badische Zeitung vom 19.09.12)

„Nein zu kultureller Nutzung“ (Offenburger Tageblatt vom 19.09.12)

„Wohl keine Kunst sondern Gewerbe in alter Stadthalle“ (Stadtanzeiger vom 19.09.12)

Die Stadt beruft sich auf eine Entwicklungsgeschichte ihrer Politik, die auf 20jähriger Linearität beruhe. Diese Aussage ist entlarvend genug, steht sie doch für eine Politik, die Änderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keinerlei Rechnung trägt und den Anregung und Interessen von Bürgern mit Ablehnung begegnet. Dies in einer Zeit, in der selbst in der Bundespolitik, die Notwendigkeit gesehen wird, Anpassungen vorzunehmen, die eine völlige Abkehr von einstigen Positionen bedeuten (z.B. Atomausstieg). Die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an denen auch und gerade eine Kommunalpolitik nicht vorbeikommen sind die Wirtschaftskrise 2008, der Reallohnverlust von 50% der Bevölkerung (siehe Armutsbericht), die unbewältigte Eurokrise, die Überalterung der Bevölkerung und die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung, die Ergebnisse der Pisa-Studie (Bildungsbericht 2012 des DIPF), das veränderte Konsumverhalten (siehe Internethandel), die Erfahrungen mit Einkaufszentren und Studien zu den Auswirkungen derselben (siehe Deutsches Institut für Urbanistik DIFU), das verstärkte Bedürfnis der Bürger nach Mitbestimmung und Einflußnahme auf Entscheidungen, die sie ganz konkret in ihrem Alltagsleben betreffen (siehe Stuttgart 21, Baden21, etc.). Hinsichtlich des letzten Punktes sei den „gut informierten“ Damen und Herren der Stadtspitze die Lektüre des „Sechs-Punkte-Programms: Ausbau und Effektivierung der Bürger- und Verbandsbeteiligung“ des BUND ans Herz gelegt. Dann sollte deutlich werden, dass insbesondere der arrogante und selbstgefällige Tonfall (*Äußerung einer Person, die dabei war*) der Stadtspitze unangebracht ist und bei den Bürgern auf Unmut stößt. Ein Unmut, der sich ebenfalls in 20 Jahren zu einem erheblichen Frustpotential aufgebaut hat. Dieses Frustpotential nicht gesehen und die Stimmen der Bevölkerung nicht gehört zu haben, die insbesondere auch die Stimmen von Stadträten waren (z.B. der Grünen Fraktion) ist ein Versäumnis der Stadtspitze und kann nicht einer IG vorgeworfen werden, die unabhängig von allen Vorgängern und zunächst ohne deren Kenntnis auf ähnliche Ideen und zu ähnlichen Empfindungen gekommen ist, wie sie Bürger innerhalb von 20 Jahren formuliert hatten (siehe der Verein „Stadtbild e.V.“ und die diversen Unterschriftensammlungen und Eingaben einzelner Bürger und Gruppen). Hier paßt wunderbar ins Bild, daß sich die Stadtspitze gern mit dem Erhalt des Billetschen Schloßchen brüstet (siehe Stadtanzeiger), dessen Erhalt grünen Stadträten und Bürgerengagement zu verdanken ist.

Wir als IG Kultur und Stadtbild haben den Ausschreibungstext (*bedauerlicherweise nicht im Internet zu finden-Warum?*) aufmerksam gelesen. Dieser Ausschreibungstext wirkte zunächst eher positiv auf uns. Beim genaueren Lesen haben wir jedoch die versteckten Botschaften entdeckt, die dieser Text enthält. Hier 4 Beispiele.

-Abschnitt: 3.2.1. : „Integration der Stadthalle in einem Raum- und Funktionskonzept überprüfen: Das Gebäude der Alten Stadthalle prägt seit Jahrzehnten (*-warum nicht exakt: seit 1904?-ist dies etwa nicht bekannt gewesen?-*) mit seinen markanten Ecktürmen die Ostsilhouette der Innenstadt. Es ist an dieser Stelle stadtbildprägend und sollte (*warum nicht muss?*) deshalb zumindest in Teilen als stadtgeschichtliches Zitat (*-ist ein auf eine Glasscheibe aufgebrachte Silhouette auch ein stadtgeschichtliches Zitat?-*) erhalten bleiben.“ - Was anderes ist die lapidare Ergänzung mit dem „stadtgeschichtlichen Zitat“, als eine versteckte Aufforderung an die Investoren, die Stadthalle abzureißen.

-Abschnitt 3.2.1. : „Gustav-Rée-Anlage als städtebauliche Fuge und Freiraum stärken“...Mit der Entwicklung des nördlichen Baublocks ist der öffentliche Raum der Gustav-Rée-Anlage entsprechend zu gestalten.“ Ein Gespräch mit einem Angestellten der Stadt legte die Vermutung nahe, dass die Stadt unter Gustav-Rée-Anlage lediglich die gleichnamige Straße versteht, nicht aber

den kleinen Park den der Name ursprünglich bezeichnete und der unabdingbar mit der Wirkung der Stadthalle als Gebäude zusammenhängt und daher erhalten und wiederhergestellt werden muss.

-Abschnitt 4.3.2.1. „Eine eventuelle Bürgerbeteiligung zur Information und Einbindung der Öffentlichkeit während der Dialogphase erfolgt in Abstimmung und unter Vorbehalt der Zustimmung der Bieter.“ Was anderes ist diese Bemerkung als der Versuch eine Einbindung der Bürger zu verhindern und dann noch die Verantwortung für diese Verhinderung den Dialogpartnern in die Schuhe zu schieben?

-Abschnitt 4.3.2.3.: „Integration eines Lebensmittelmarktes: ... Dabei soll es sich um einen Vollsortimenter handeln.“ Warum wird sich hier auf einen konkreten Einzelhandelstyp festgelegt, ohne die Alternativen zu prüfen? Wie gut auch einzelne spezielle Lebensmittelhändler angenommen werden, zeigt der durch effizientes Bürgerengagement im July 2012 in der Nordweststadt eröffnete Bauernladen, der sich mittlerweile zu einem wahren Kommunikationszentrum entwickelt hat und der mehr als die leiblichen Bedürfnisse der Kunden befriedigt. (An dieser Stelle sei ein Blick nach Straßburg empfehlenswert, wo sich spezialisierte Händler mit außerordentlichem Charme in der Innenstadt befinden und sehr erfolgreich sind.)

Dass die Stadthalle kein Baudenkmal ist und sein kann, ist zwei Umbauten zu verdanken, die in der Nachschau die Anmutung von Schildbürgerstreichen haben. Dass die Stadthalle sehr wohl eine soziales und kulturelles Denkmal sein könnte ist einer Untersuchung von Heinrich Meyer zu dem Thema zu entnehmen, die im Jahr 2009 durchgeführt wurde (initiiert von der Grünen-Fraktion). Die Informationen zur Geschichte der Stadthalle wurden von der IG auf der Grundlage von Recherchen im Stadtarchiv Offenburg, im Generallandesarchiv Karlsruhe, im Staatsarchiv Freiburg und bei der Erzdiözese Freiburg zusammengetragen. Diese Informationen gehen weit über den Informationsstand der Stadt hinaus.

In Zusammenhang mit der rigorosen Einstellung der Stadt bezüglich der Finanzierung einer eventuellen Renovierung und Nutzung der Stadthalle ist ein Zitat aus dem Interview zur Eröffnung des KUSS sehr erhellend, das am Samstag den 22.9.2012 der Fachbereichleiter Kultur Herr Dr. Simon Moser mit seinem Vorgänger Hr. Dr. Hans-Joachim Fliedner geführt hat. Dieser überaus eloquente und lebendig erzählende Mann schilderte sehr plastisch die Dramatik der damaligen Situation und sagte bezogen auf den Erwerb des Salmen durch die Stadt im Jahre 1997: „ Wenn ein Investor zum Zuge gekommen wäre, wäre das Haus nicht erhalten geblieben.“ Der Salmen wurde damals aus der mittelfristigen Finanzplanung erworben, so seine Ausführung, obwohl nach Baubefund die veranschlagten 3,4Mio. Renovierungskosten auf 12 Mio. (€ ?) stiegen. Hier hat sich die Stadt und insbesondere Herr Dr. Christoph Jopen als Verhandlungsführer sicherlich ein großes Verdienst erworben, ist doch der Salmen als Denkmal von nationaler Bedeutung anerkannt worden. Dennoch war auch der Salmen keinesfalls vor der Abrißbirne sicher und das ganze Verfahren stand auf des Messers Schneide. Ein solches Engagement wünschen wir uns auch für die Stadthalle, die für die demokratische Geschichte der Bürgerschaft und in ihrer Erinnerung deutlich präsenter ist, auch den heute jungen Erwachsenen.

Dieser Präsenz und der Bedeutung für die Bürger wird ein Nutzungskonzept nicht gerecht, das auf alleiniger kommerzieller Nutzung beruht. Insbesondere nach dem Vortrag von Herrn Dr. Pump-Uhlmann wurde deutlich, daß die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns von geschlossenen Einkaufszentrenkonzepten, bezogen auf die Entwertung und Verödung der 1A-Lagen sehr groß ist und daß ein Verlust historischer Bausubstanz ein Verlust nachhaltiger Entwicklungsperspektiven für die Stadt bedeutet. Diese Nachhaltigkeit ist als Kompatibilität mit den zu Beginn dieses Leserbriefes skizzierten gesellschaftlichen Randbedingungen zu sehen, auf die in diesem Rahmen aus Platzmangel nicht näher eingegangen werden kann. Man bekommt eine Ahnung von der Überflüssigkeit eines Einkaufszentrums in Offenburg, wenn man sich der Lebensrealität sehr vieler Familien aus der Perspektive einer Grundschullehrerin in Offenburg nähert, wie ich es täglich darf.

Unsere Botschaft an die Stadt ist: Wir (IG Kultur und Stadtbild (Offenburg)) haben Ideen für ein umfassendes Konzept für die Stadthalle und ihre Umgebung. Diese werden wir nächste Woche veröffentlichen. Wir wollen dieses Konzept mit der Stadt in einem angemessenen Ton diskutieren und die Möglichkeiten einer entsprechenden Entwicklung ausloten.

Die andere Botschaft sollte sein: Die Stadt hat es hier mit einer inzwischen gut informierten, gut vernetzten und kreativen Bürgerschaft zu tun, die bereit ist, alle demokratischen Mittel auszuschöpfen, um eine Entwicklung herbeizuführen, die die Interessen der Bürgerschaft berücksichtigt und die wegen ihrer Nachhaltigkeit gut für Offenburg ist.

Stefan Herrmann